

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 4.20  
monatl. 40 Pf.  
bei allen wirtsch. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nach-  
barortverkehr wirtsch. M. 1.  
außerhalb desselben M. 1.  
hiesig Bestellgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 44.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfändigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzlstöckle u.  
mit  
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Harmonizelle.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Zeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Abonnements  
nach Uebereinkunft  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 63.

Freitag, den 15. März

1907

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März.

Vizepräsident Kämpf eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min. Am Bundesratspräsident des Reichsfeiernamts Schulz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das am 19. Dez. 1906 in Bern abgeschlossene zweite Zusatzabkommen zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Okt. 1890 nebst dem Vorkaufungsprotokoll.

Präsident Schulz führt aus: Dem Uebereinkommen gehören jetzt, nachdem Rumänien sich ihm ebenfalls angeschlossen hat, nahezu alle Staaten des europäischen Festlandes an. Wie gut das einheitliche Recht sich in der Praxis bewährt, wird schon dadurch bestätigt, daß weder bei der ersten, noch bei der jetzt vorgenommenen zweiten Beratung grundlegende Änderungen vorgenommen worden seien. Die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingebrachten Anträge entsprechen den Wünschen der hierüber getragten Vertretungen von Handel und Gewerbe und Landwirtschaft. Es ist gebührend, sie mit wenigen Ausnahmen zur Annahme zu bringen. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Nach kurzer Debatte bei der ersten Lesung wird die Vorlage auch in der 2. Lesung angenommen.

Darauf wird die Besprechung der Interpellation betr. die Revision der Strafprozessordnung fortgesetzt. Abg. Müller-Meinungen (fr. Vpt.) ist nach wie vor der Meinung, daß die Schwierigkeiten, die der Reform entgegenstehen, im „Berliner Kasanienwäldchen“ ihren Sitz haben, daß Preußen mit dem Hinstückernwesen weiter Fortschritte wolle und kein Geld für eine Verbesserung auf diesem Gebiet übrig habe, daß von einer Ausdehnung des süddeutschen Reservats, mit der Aburteilung von Preußen durch die Schwurgerichte, nicht die Rede sein könne. Er hoffe, daß Preußen dem Beispiel Süddeutschlands folgen werde. Er bitte den Reichsanwalt, diese Frage seinem Programm einzufügen. Bei der Auswahl von Geschworenen und Schöffen müsse auch in Preußen etwas Besseres vorgegangen werden. Ueber die Gewährung von Diktan an die Geschworenen und Schöffen habe der Staatssekretär gesprochen. In der Beurteilung des Vorkaufungsprotokolls seien alle Parteien einig. Nötig sei auch eine grundsätzliche Reform des Eideswesens. Der Beweienszwang der Diszidenten müsse aufgehoben werden. Auch eine Kasse-corporis-Akte sei dringend geboten, wobei auch die Immunität der Abgeordneten berücksichtigt werden müsse. In der Forderung auf Berufung gegen die Urteile der Strafkammer halte er nach wie vor fest. Unheilvoll wäre es, wenn man die Berufung an das gleiche Gericht zuliehe. Staatssekretär Nieberding: Die Schwurgerichte

sollen bleiben wie bisher: einerseits Geschworene, andererseits Richter. Wenn der Reichstagsbeschluss dahin gehe, daß eine Entschädigung in Form von Diktan schon vor der Fertigstellung der neuen Strafprozessordnung an Geschworene und Schöffen gewährt werden soll, die auf Grund der jetzigen Strafgerichts- und Prozessordnung fungieren, so könne er sagen, daß dieser Wunsch z. B. dem Bundesrat vorliege, der Bundesrat einen Beschluss noch nicht gefaßt habe.

Abg. Varenhorst (Reichsp.): Stadthagen habe gestern seine Vorwürfe gegen die Rechtspflege ohne einen Schatten von Beweis erhoben. Seine Partei wünsche die Erhaltung der kleinen Landgerichte aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen. Es freue ihn, daß die Schwurgerichte in bisheriger Form erhalten bleiben sollten.

Abg. Mieczkowski (Pole) hofft, daß durch die Reform der Strafprozessordnung die schlimmsten Mängel beseitigt werden. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um die vollständige politische Unabhängigkeit der Richter in politischen Prozessen den Polen gegenüber zu gewährleisten.

Abg. Roth (Wirtschaftl. Bgg.) wünscht in erster Linie Heranziehung des Laienelements zu der Strafkammer. Das Berufungsverfahren habe sich in den Militärstrafprozessen sehr wohl bewährt. Die Untersuchungshaft müsse möglichst beschränkt werden.

Dove (fr. Bgg.) spricht ebenfalls den Wunsch für baldige Vorlegung der Strafprozessordnung aus und ist dem Staatssekretär dankbar, daß die Schwurgerichte erhalten bleiben. Auf dem Gebiete der Justizpflege sei vor allem notwendig, die Beseitigung der Reste des alten überlebten Inquisitionsverfahrens und Ersetzung durch Bestimmungen, welche den modernen Gesichtspunkten Rechnung tragen. (Beifall links.)

Werner (Resp.) wünscht Aenderung der Polizeiaufsicht und statt des Voreides den Nacheid.

Abg. Storz (D. Bp.): Einstimmigkeit besteht in der Heranziehung des Laienelements zu den Strafkammern und zu den neu zu schaffenden Berufsrichtern gegen Urteile der Strafkammern. Ob das starre Legalitätsprinzip des § 152 aufrecht erhalten werden soll, ist fraglich. Zweckmäßig erscheint dem Staatsanwalt bei Bagatelldelikten anheimzugeben, ob er Anklage erheben will oder nicht. Nötig erscheint eine Einschränkung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft und eine entsprechende Erweiterung des Privatklageverfahrens. Denn bei dem jetzigen Rechtszustand kommt es vor, daß ein körperlich Mißhandelter zu den Kosten des Privatklageverfahrens verurteilt wird und der Angeklagte frei ausgeht, weil in der Hauptverhandlung sich herausstellt, daß nicht eine einfache, sondern eine gefähr-

liche Körperverletzung vorliegt. Auch wenn die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Anklage ablehnt, sollte dem durch das Delikt Verletzten der Privatklageweg offen stehen. (Sehr richtig! links.) Gegenüber Einreichung ausländischer Privatklagen wäre zweckmäßig die Bestimmung, daß derartige Kläger zur Tragung der böswilligerweise verursachten Kosten verurteilt würden. Der Vergleich in Privatklagen sollte als vollstreckbarer Titel gelten. Die Bestimmungen über Hausdurchsuchungen bedürfen einer Einschränkung der in § 105 Abs. 2 statuierten Polizeigewalt. Die Rechtsstellung des Verurteilten ist im Vorverfahren ist eine ganz ungenügende, geradezu unwürdig ist die Bestimmung, daß der Verurteilte mit dem in Untersuchungshaft befindlichen nur unter Aufsicht einer Gerichtsperson sich besprechen darf. Vielfach ist diese Gerichtsperson die Frau oder die Tochter des Gerichtsdieners. (Große Heiterkeit.) Angesichts des ganz allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen wird ein viel zu ausgiebiger Gebrauch von der Verhängung der Untersuchungshaft gemacht. Eine Verfassung, die Untersuchungshaft zu verhängen, besteht namentlich darin, daß die Richter vielfach überangeordnet sind und durch Festhaltung des Beschuldigten eine Vereinfachung des Verfahrens anstreben. Die Uebernahme der Kosten der Verteidigung durch die Staatskasse sollte nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Die bisher unvermeidliche Massenverurteilung entspricht weder der Würde des Gerichts, noch der Heiligkeit des Eides. Die Frage, ob der Eid nicht überhaupt abzuschaffen ist, ob an Stelle dessen unwahre Aussagen vor Gericht mit Strafe zu bedrohen sind, ist eine offene. Jedenfalls sollte die Eidesformel von konfessionellen Zutaten freibleiben. Hoffen wir, daß die ausgiebige Besprechung der Materie zur Bestätigung der dringend notwendigen Reform beitragen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlufantrag wird eingebracht. Dagegen stimmen das Zentrum, die Sozialdemokraten und ein Teil der Freisinnigen. Der Hammelsprung ergibt die Ablehnung des Schlufantrags mit 133 gegen 121 Stimmen. Ärmerlicher Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten; allgemeines Gelächter und stuchartiges Verlassen des Sitzungssaales, als auf der Tribüne als nächster Redner erscheint Abg. Stadthagen. Derselbe polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Varenhorst.

Hedjcher (fr. Bgg.) tritt für die Uebertragung des Schöffenamts an Arbeiter ein. Staatssekretär Nieberding: Die Heranziehung der Arbeiter sei nicht gefordert, sondern nur zugelassen. Eine Zurücksetzung der Arbeiter sei nicht beabsichtigt. Hedjcher (fr. Bgg.): Unter den Arbeitern würden sich genügend Personen für dieses Amt finden. Wagner (konj.): In Sachsen werden diese

### Die Schönheit von Rembrow.

Roman von Bogumil von Czartowski.

59

Katürlich schlammerte im Gärtnerhause noch alles. Eben-berit mühte wiederholt suchen, bevor sich im Inneren des Hauses das geringste Geräusch bemerkbar machte. Endlich ging eine Tür, wurden langsame, schlürfende Schritte hörbar, und danach zeigte sich Mütterchen Rosalies verächtliches, verdrießliches Gesicht in der vorzüglich geöffneten Haustür. Sie war nicht wenig erstaunt, zu entdecken, daß der Wirtsherr die gnädige Gräfin zu früher Stunde zu sprechen wünsche, und ging erst auf seinen wiederholten Befehl, sie zu wecken, nachdem sie ihn in das kleine Wohnzimmer geführt hatte.

Es währte gar nicht lange, da erschien auch schon Heloise, in ein kleidames Morgenkleid von dunklem, pelzverbräuntem Sammet gehüllt, das glänzend schwarze Haar im Nacken zu losem Knoten verflochten. Sie sah weder verstört noch erstaunt aus; ihr schüchternes Gesicht trug den gewohnten wohlwollenden und teilnahmsvollen Ausdruck, obwohl ihre Augen besorgt und scargend blühten.

„Ich muß annehmen, daß sich etwas Besonderes ereignet, Frau Ehrenbreit“, sagte sie, „da Sie zu so ungewöhnlicher Stunde kommen. Bedarf man vielleicht meiner Hilfe? Ich bin zu jeder Minute bereit.“

„Besten Dank, Komtesse. Borderhand handelt es sich nicht um dergleichen“, erwiderte Franz Josef. „Ich erschien hier im Auftrage meines Freundes Rud, um Ihnen diesen Brief einzuhändigen, der, wie er sich ausdrückt, sein Vermächtnis“ enthält. Jedenfalls erfahren Sie daraus mehr, als ich selbst weiß, ich darf daher meine Mission als erfüllt betrachten.“

Gräfin Heloise nahm den Brief mit ein wenig zitternder Hand entgegen. „Sein Vermächtnis?“ wiederholte sie. „Ich weiß nicht, wie ich mir das Wort erklären soll.“

Sicherlich sagt Ihnen der Brief dieses und noch mehr. Bergeben Sie, wenn ich Sie darauf verweise und Ihnen bis auf weiteres Lebenswohl sage.“ Mit diesen Worten empfahl sich Ehrenbreit. Wenige Sekunden später sah ihn Heloise so eilends, wie sein lebender Zustand es zuließe, die Dorfstraße hinaufgehen.

Franz Josef hatte in der Tat keine Zeit zu verlieren, wenn er eine Unterredung mit Sebold haben wollte, bevor sich die Gegner zum Nichtenwäldchen begaben.

Zu seiner großen Befremdung mußte er indessen bei seiner Heimkehr vernehmen, daß der Rittmeister weder nachts noch an diesem Morgen zurückgekehrt sei; vermutlich war er demnach im Dorfweidhause eingekerkert, hatte daselbst genächtigt und er-schien nun von dort aus auf dem Rembrow-Platz.

„Das Schicksal ist mächtiger als mein Wille“, sagte er sich, „Ich glaube, ich muß ihm seinen Lauf lassen.“

Unterdessen hatte Heloise mit einem unbestimmten Kugelfühl ihren Brief geöffnet. Er war nicht lang und keineswegs reich an schönen und gefühlvollen Phrasen. Dennoch erschütterte sein Inhalt sie tief.

Baron Rud schrieb: „Wenn Sie dieses Briefblatt in den Händen halten, bin ich im Begriff, mich für eine Reise zu rüsten, von der es vielleicht keine Rückkehr gibt. Im Nichtenwäldchen hinter Rembrow wartet der Rittmeister von Sebold auf mich; wir werden dort eine Pistolenkonversation mit einander haben.“

Ich sage Ihnen das alles ganz genau, denn Sie sollen die Wahrheit wissen und von dieser Wahrheit sprechen dürfen, wenn Sie mit Ehrenbreit meiner gedenken. Mein Gefühl sagt mir nämlich, daß ich in diesem Zweikampf fallen werde. Mein Lebensabend hat sich abgeipponen, ich sehe, wie die Hand der Parze sich ausstreckt, um ihn abzuschneiden. Wenn hätte ich vorher noch ein paar freundliche Worte mit Ihnen gesprochen, aber mir scheint, schriftlich sagt sich ein Lebewohl besser in einem solchen Falle. Und auch ein Vermächtnis gibt sich leichter schriftlich. Mein Vermächtnis für Sie heißt: Franz Josef von Ehrenbreit! Ich beschwöre Sie in dieser ersten Stunde, verlassen Sie ihn nicht, Gräfin Heloise! Er steht, all seinen weltmännischen Erfahrungen zum Trost, wie ein Kind inmitten der Gegenwart, mit seiner unverstandenen, nach Liebe und Mitgefühl dürstenden Seele, und wird verschmachten, wenn nicht bald eine barmherzige Hand ihm den Becher des Lebens reicht. Von Jertum zu Jertum ging er durch alle Jahre, Sie Gräfin, sind die einzige Wahrheit seines Lebens! Verlassen Sie ihn nicht! Bleiben Sie ihm mit Ihrer sanften Festigkeit, Ihrem klugen, starken Geiste, Ihrem warmen, edlen Herzen die Freundin und Beraterin, deren er so dringend bedarf. Ich schreibe den Namen Franz Josef für alle Ewigkeit in Ihre Gedanken. Das ist mein Vermächtnis. Und nun, mein Kind, fassen Sie das Wort hartnäckig zusammen und gedenken Sie jedes Abends an eines Toten!“

Heloise las diese Worte mehrmals hinter einander, während ihre Lippen zuckten und ihre Augen sich feuchten. Dann riß sie das Papier fest in die gefalteten Hände schließend, am Fenster nieder und sprach ein süßes, kleines Gebet für die Lebenden und die Toten.

Der Himmel, zu dem ihre schönen, ausdrucksvollen Augen aufblickten, ward unterdessen heller und heller und stand urplötzlich in dem flammenden Purpur der Morgenröte.

Heloise fühlte sich wie an das Ziel ihres Gebetes emporgetragen, während sie so inmitten des himmlischen Feuers kniete, und ein wundervoller Friede sog in ihre geängstigte Seele ein. Sie sah auch den Weg vor sich, den sie ihrem Gefühl nach gehen mußte.

Auf dem Geshofe hatten die drei Herren mit einander einen frühen Kaffee eingenommen, immer noch von Minute zu Minute eine Postkarte des Rittmeisters erwartend. Als diese ausblieb, meinte Doktor Hurling, der Sekundant Sebolds, es falle unter diesen Umständen eigentlich jede Verpflichtung fort, den Rembrowdort noch aufzusuchen. In der Hand des Rittmeisters Handlungsweise irgend eine Erklärung finden. Ehrenbreit schien dieser Ansicht, die doch immerhin einen Aufschub der fatalen Angelegenheit in Aussicht stellte, beifällig zu wollen, jedoch Baron Rud beharrte sehr energisch auf der Durchführung des ursprünglichen festgesetzten Planes.

„Denn von Sebold hat die Verabredung durch sein Nichterscheinen keineswegs aufgehoben“, sagte er, „wir wissen ja, was er zu finden ist, da Ort und Stunde der Zusammenkunft bestimmt wurden. Lassen Sie uns anbrechen, Ehrenbreit, ich möchte um keinen Preis den Vorwurf der Unpünktlichkeit noch in der zwölften Stunde meines Lebens auf mich laden.“

So fuhren sie miteinander in den schönen, frischen Morgen hinein; der Himmel war so klar, die Sonne lächelte so golden, und das verwiterte Kullig „Abdver's“ trug einen so feierlichen, fast frommen Ausdruck, als er seine Blicke freundlich umhergeschweifen ließ und trauerlich, wie zu sich selber, sagte: „Das ist ein schöner Abschiedstag.“

Als der Wagen sich der Pflanzung näherte, die sein Ziel war, erblickten die drei Männer den Wagen des Doktors. Der alte Arzt war angezogen und kam ihnen entgegen.

Arbeiter herangezogen. Wäntzer (frj. Sp.) gilt das im allgemeinen nur für Dresden zu. Singer (Soz.): Die ganze Welt habe die Objektivität der Arbeiter als Schöffen loben müssen. Protestieren müsse er dagegen, daß die neue Mehrheit versuche, die Ehre der Arbeiter zu verlegen. Wagner (konf.): Die Sozialdemokratie sei nicht die Vertreterin der deutschen Arbeiter. Singer sei etwas ganz anderes als ein Arbeiter. Müller-Weinigen (frj. Sp.) polemisiert gegen Singer, die unmotivierten Angriffe gegen die Mehrheit weise er als Verleumdung zurück. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Besprechung geschlossen. Morgen Rest der heutigen Tagesordnung und Reichsinvalidenfonds. Schluß 6 Uhr.

### Kurzsch.

In der Budgetkommission des Reichstags brachte der Abg. Frhr. v. Thünefeld (Ztr.) als Berichterstatter den Unfall in der französischen Marine zur Sprache und drückte die Sympathie sowohl seiner Freunde als die der ganzen Bevölkerung für die Opfer des Unglücks aus. Weiterhin fragte er den Staatssekretär des Reichsmarineamts, ob die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien, daß uns nicht ein ähnliches Unglück treffe. Staatssekretär v. Tirpitz gab beruhigende Erklärungen ab und versicherte, daß alles mögliche getan sei, um uns vor ähnlichen Unglücksfällen zu bewahren.

**Das russische Programm für die Haager Friedenskonferenz.** Der „Köln. Ztg.“ wird von ihrem Petersburger Korrespondenten gemeldet: Das russische Programm für die Haager Friedenskonferenz enthält folgende Punkte:

1. Das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung der internationalen Streitfälle soll in denjenigen Punkten verbessert werden, die von der Beständigkeit der Haager Friedenskonferenz und von der internationalen Untersuchungskommission handeln.

2. Das Haager Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges soll durch neue Bestimmungen über den Beginn der Feindseligkeiten, über das Recht der Neutralen zu Lande und über andere Punkte abgeändert werden.

3. Es soll ein Abkommen ausgearbeitet werden über die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges, namentlich über die folgenden Fragen: Operationen des Seekrieges, Bombardements von Häfen und Seestädten, Legung von Seeminen usw.

Der russische Entwurf enthält ferner Vorschläge, die die Handelsmarine betreffen, Umwandlung von Handelschiffen in Seeschiffe, Gewährung von Fristen für Handelschiffe der Kriegsführenden zum Verlassen neutraler oder feindlicher Häfen nach Beginn der Feindseligkeiten. Ferner sollen behandelt werden die Fragen des Privateigentums der Kriegsführenden auf See, die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege, darunter die Frage der Kriegskontrole, die Behandlung der Schiffe der Kriegsführenden in neutralen Häfen und die Versenkung neutraler Prisen im Notfall.

4. Das Haager Abkommen soll dahin ergänzt werden, daß die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention über den Seekrieg noch schärfer zum Ausdruck gebracht werden, als es 1899 geschehen sei.

### Tages-chronik

**Berlin, 12. März.** Die freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen und die Freikonserwativen haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Ersetzung der geistlichen Schulinspektion durch die Sachaufsicht eingebracht. — Die Verhandlungen, welche heute vor dem Gewerbegericht zwecks Befreiung der Aussperrung in der Holzindustrie stattgefunden haben, sind daran gescheitert, daß die Arbeitgeber eine Verkürzung der Arbeitszeit rund ablehnten und die Arbeitervertreter ebenso entschieden erklärten, daß ohne Arbeitszeitverkürzung die Arbeitnehmer den Vertrag nicht erneuern wollen, und daß bei Ablehnung dieser Hauptforderung weitere Verhandlungen zwecklos seien.

**Berlin, 13. März.** Für die bei dem Untergang des Dampfers „Berlin“ Verunglückten fand gestern Abend eine Gedächtnisfeier statt, der die Kronprinzessin beiwohnte. Ein elegantes Publikum füllte den Saal bis auf den letzten Platz. Kainz trug einen von Wilbenbruch gedichteten Prolog vor, worauf musikalische Darbietungen erlosen und religiösen Charakters folgten.

**Sofia, 13. März.** Bis her liegen bereits unzweideutige Beweise vor, daß es sich bei dem Attentat auf Petrow um eine Verhinderung unzufriedener anarchistischer Elemente handelt, deren Fäden bis in die Provinz reichen. Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Die Untersuchung wird geheim geführt. Ein Verdacht, daß politische Parteien an der Verschwörung beteiligt seien, scheint ganz ausgeschlossen zu sein.

Das Rettungshaus in Gohburgwedel bei Hannover brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. 97 Jüglinge, die in dem Gebäude schliefen, konnten nur mit knapper Not gerettet werden. Zwei Wärterinnen erlitten Verletzungen. Die Gebäude waren Eigentum der Pestalozzifundation. Acht Feuerwehren waren von nah und fern herbeigezogen, konnten aber dem Feuer keinen Einhalt gebieten, da Wassermangel herrschte.

Der 66 Jahre alte pensionierte Lokomotivführer Wilhelm Weber hat in der Havelbergerstraße in Moabit bei Berlin seine Freundin, die 24 Jahre alte Plätterin Ida Seine aus Eberstadt erschossen und sich dann selbst getötet. Ein 63jähriger Knabe in Kolmar erhielt von einem Unbekannten eine Dynamitpatrone mit der Angabe, es seien Bonbons darin. Zu Hause wurde die Patrone von dem Jungen mit einem Stein aufgeschlagen. Durch die Explosion, welche erfolgte, erlitten der Knabe und sein 12jähriger Bruder schwere Verletzungen.

Eine tragikomische Geschichte wird aus Nizza gemeldet: Dort wartet man seit fünf Tagen vergebens, daß der von einem spanischen Diebe Namens Vega verschluckte Diamant zum Vorschein kommt. Vega, ein bekannter Hoteldieb, hatte den Stein Nachts aus dem Ohr-

ringe, der im Nachschloß einer Zimmernachbarin lag, ausgebrochen und, als er verhaftet wurde, am Leibe versteckt. Erst als er entkleidet wurde, schob er den fischergroßen Solitär in den Nachen. Da Vega Purgiermittel nicht nimmt, soll er mit Gewalt durch Königsstrahlen unterzucht und — operiert werden.

In Vorfano bei Gallarate brach Feuer aus, das bei starkem Wind sich schnell ausbreitete und bisher 80 Häuser und drei Fabriken zerstörte.

Schneidige Leutnants gibt es auch in Rußland. Als an einem Abend der vorigen Woche in Petersburg ein Leutnant der Gardereiter durch eine der Hauptstraßen ging, traf er drei Pioniere, die nicht vorwärtsmäßig grüßten. Er wollte sie schreien lassen, aber die Leutnants aus. Der Offizier lief, „Halt!“ rufend, hinter ihnen her. Dies machte einen Leutnant der Marine aufmerksam, der auf der andern Seite der Straße ging. Er sprang den Ausreißern in den Weg, zog einen Revolver heraus und jagte einem von ihnen zwei Schüsse in den Leib. Der Vorgang erregte die sich schnell sammelnde Volksmenge, daß sich die Offiziere in einem Wagen flüchten mußten.

Aus Johannesburg wird gemeldet: Dienstagabend ereignete sich bei Altmaar auf der Delagoa-Bahn ein Eisenbahnunfall, bei dem 13 Personen getötet und 11 verletzt wurden.

### Das französische Jena.

Zu der Schiffskatastrophe im Hafen von Toulon wird noch gemeldet: So ernst die Beschädigungen der „Jena“ auch sind, so meinen einige Offiziere doch, daß eine Wiederinkaufung des Schiffes möglich sei und die „Jena“ dann, wenn auch nicht mehr in der aktiven Schlachtflotte, so doch noch als Küstenverteidigungs- oder Schulschiff verwendbar sein werde. — Nach den bisherigen Feststellungen sind bei der Explosion 118 Menschen, darunter 8 Offiziere ums Leben gekommen. Das Boot wurde trocken gelegt und das Schiff im Beisein des Premierministers untersucht. Das Dinterschiff zeigt einen großen Riß, die Schraube, das Steueruder und die Brücken sind zertrümmert.

Dazu die neueren Depeschen aus Paris: Im Marineministerium werden die Ziffern über die Opfer der Explosion auf der „Jena“ nur allmählich nach Maßgabe der aus Toulon übermittelten Feststellungen mitgeteilt. Gegenwärtig zählt man 133 Tote und 68 Schwerverwundete.

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, halten berufene Marinekreise die Annahme, daß die Explosion auf der „Jena“ durch Selbstentzündung des Pulvers herbeigeführt wurde, für unbegründet. Man ist eher geneigt, an einen verbrecherischen Anschlag zu glauben und stützt diese Ansicht darauf, daß die Explosion im Dinterschiff erfolgte, wo sich die Offizierslabine befinden, und zwar während der Ruhepause vor dem Appell, also in einem Augenblick, wo zur Vorbereitung des Anschlags Zeit war.

### Zur Lage in Rußland.

In Charkow explodierte, während die Polizei in einer Studentenwohnung eine Hausdurchsuchung vornahm eine Bombe; es wurden ein Gendarmereioffizier, 3 Polizisten und 2 Privatpersonen getötet und 6 andere verwundet.

### In Jaroslaw

machte ein junger Mann in Studentenkleidung einen Revolveranschlag auf den Gouverneur Rimsk-Korsakow, der aber schlug. Der Gouverneur, der rechtzeitig die Absicht des jungen Mannes erkannte, packte ihn an der Kehle und hielt ihn fest, bis andere Leute herbeieilten und den Verbrecher unschädlich machten.

### Aus Württemberg.

Die Finanzkommission der Abg.-Kammer genehmigte in ihrer Mittwoch-Sitzung die Titel, die sich beim Etat des Departement des Innern auf die Irrenanstalten des Landes beziehen. Bei der Erörterung des Etats für Weinsberg bemängelte der Abg. Käß, daß in der dortigen Irrenanstalt eine eigene Metzgerei und Mülerei, die unrentabel seien, eingerichtet wurden. Im Interesse der Gewerbetreibenden sollte in den Anstaltsbetrieben eine Ausdehnung auf derartige gewerbliche Betriebe unterbleiben. Eine längere Besprechung knüpfte sich sodann an das Kapitel: „Für orthopädische Kranke“, wobei lebhaft Klagen über das von den Berufsgenossenschaften abhängige medico-mechanische Institut in Stuttgart laut wurden. Es wurde hier die Schaffung einer unabhängigen Staatseinrichtung eventuell in Verbindung mit der Universität Tübingen als wünschenswert bezeichnet. Bei Tit. 39 wurden über Ueberlastung des Landesversicherungsamtes und insbesondere des Schiedsgerichts für Arbeiterverficherung Beschwerden erhoben. Einzelne Verhandlungstermine seien so überfüllt, daß von einer gründlichen Verhandlung der einzelnen Fälle nicht mehr gesprochen werden könne. Zum Kapitel Redarschiffahrt wiederholte der Minister seine Mitteilungen. Die Vorarbeiten für die Refraktanalysierung würden bis zum 1. Juli 1908 fertig werden können. Die Tiefe werde 2—2½ Meter betragen, sodaß die Schiffe mit bis je 1200 Tonnen belastet werden könnten. Bezüglich der Frage der Schiffsabgaben habe eine vertrauliche Konferenz stattgefunden mit Besprechung des preussischen Projekts, das für Württemberg wirtschaftlich nicht ungünstig sei. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen und von uns weiter zu verfolgen. Minister Dr. v. Bischof machte eine Reihe wichtiger Mitteilungen, die jedoch vorläufig vertraulichen Charakter haben.

**Das neue Beamtengesetz.** Die von der Regierung beim Landtag eingebrachte Vorlage betr. die Revision des Beamtengesetzes kommt einer Reihe von Wünschen, die seit Jahren von den Organisationen der Beamten- und Unterbeamten geltend gemacht worden sind, entgegen. Die Vorlage ist aber noch nach verschiedenen Richtungen hin dringend der Verbesserung bedürftig und es wird Aufgabe und Pflicht des Landtags sein,

den Mängeln des Regierungsentwurfs abzuhelfen. Vor allem ist zu bedauern, daß die Regierung sich nicht dazu entschlossen hat, eine Revision des Beamtengesetzes im ganzen vorzunehmen. Es kann als ausreichende Begründung nicht betrachtet werden, wenn in dem Regierungsentwurf gesagt wird, daß Gründe der Zweckmäßigkeit dafür gesprochen hätten, die Aenderung des Beamtengesetzes zunächst auf das Gebiet des Anstellungs- und Pensionswesens zu beschränken. Wenn die gesetzgebende Körperschaft veranlaßt wird, sich in solcher Ausführlichkeit und Breite mit der schwierigen Materie des Beamtenrechts zu befassen, so hätten auch notwendigerweise die anderen Kapitel dieses wichtigen Bestandteils des öffentlichen Rechts auf ihre Reformbedürftigkeit geprüft und untersucht werden müssen. Eine solche Prüfung hätte zweifellos ergeben, daß das Disziplinarstrafwesen in seiner gegenwärtigen Gestaltung ungenügend und veraltet ist. Die Abschaffung der Disziplinarhaftstrafe für die Unterbeamten kann ein ausreichendes Korrektiv für die auf dem Gebiete des Disziplinarstrafwesens bestehenden Mängel nicht bilden. Ein Schutz gegen unbegründete Versagung der Gehaltsvorrückung fehlt noch vollständig, wie auch die Beamtenchaft gegen eine Reihe sonstiger verwaltungsseitig üblicher Nebenstrafen völlig schutzlos dasteht. Die Möglichkeit, gemeinsame Wünsche und Beschwerden von Beamtenkategorien in geordneter Weise geltend zu machen, müßte gesetzlich geregelt werden, damit nicht wieder der Fall sich ereignen kann, daß Beamte, wenn sie von dieser Befugnis Gebrauch machen, sich der Gefahr schwerer disziplinarer Ahndung aussetzen. Aber auch das, was der Entwurf an Verbesserung bringt, kann noch nicht nach allen Richtungen hin als genügend erscheinen. Die Abschaffung der Anstellungsform auf jederzeitigen Widerruf trägt dem fortgeschrittenen sozialen Empfinden Rechnung; die Regierung verfallt aber sofort wieder in eine gewisse Rückständigkeit, wenn sie an die Stelle dieser veralteten Anstellungsform eine solche setzen will, die ihr das Recht gibt, die Staatsdiener mit einer kürzeren als vierjährigen Kündigung ihres Dienstes zu entheben. Die Ausdehnung der lebenslänglichen Anstellung auch auf solche Kategorien, welche bisher in einem solchen beamtenrechtlichen Genus nicht standen, wird ernstlich zu erwägen sein. Davon kann aber gar keine Rede sein und wir glauben auch nicht, daß der Landtag jemals seine Zustimmung dazu geben würde, daß die Regelung des Anstellungsverhältnisses der verschiedenen Beamtenkategorien in Württemberg, die bisher nur unter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften Platz greifen konnte, künftig etwa der Regierung als ledigliche Verwaltungsmaßnahme überlassen werden könnte. Die geplante Ausdehnung der gesetzlichen Pensionsberechtigung an alle Beamten und die Befreiung der Beamten von der Entrichtung der seitherigen Eintrittsgelder und Beiträge ist befriedigend, ebenso die Erhöhung der Witwen- und Waisenspensionen. Sehr dürftig erscheint aber derjenige Passus der Regierungsmotiv, durch welchen begründet werden soll, daß die Pensionsfähigkeit des Wohnungsgeldes nach den Sägen der zweiten Ortsklasse erfolgen müsse. Auch scheint uns die Regierung bei ihrem Vorschlag die dienstwohnungsberechtigten Beamten in dieser Richtung völlig gleichartig zu behandeln mit denjenigen, welche Wohnungsgeld beziehen, völlig außeracht zu lassen, daß bisher die Gehalte der ersten Beamtenkategorien, speziell aus dem Grund niedriger bemessen worden sind, weil sie durch den Genus der freien Wohnung oder der Mietzinsentschädigung gegenüber den nur mit Wohnungsgeldzuschuß ausgestatteten Beamten wesentlich im Vorteil waren. Ob es notwendig wird, im Höchstmaß der Pensionen auf die von der Regierung vorgeschlagene Grenze zu gehen oder ob hier nicht noch Abstriche gemacht werden müssen, wird die Finanzkommission um so mehr erwägen müssen, als die für die unteren Beamtenkategorien vorgesehene Verbesserung nach mehrfachen Richtungen hin noch nicht ausreichend erscheint. Unbegreiflich erscheint es, daß die Regierung sich nicht dazu entschließen konnte, den Wegfall der Gehaltskürzung bei einer länger als 6 Monate dauernden Erkrankung zu beantragen. Der Landtag wird dieses Verdict der Regierung nachholen müssen. Die Einschränkung, daß aus Billigkeitsgründen bei der Entlassung oder Dienstkündigung eines Beamten die Verwilligung einer teilweisen Pension Platzgreifen können, wird konsequenterweise zur Folge haben, daß auch bei Strafverfügungen, sofern man sie überhaupt als Disziplinarstrafmittel beibehalten will, die Möglichkeit und Zulässigkeit eines ganzen oder teilweisen Erlasses der Umzugskosten ins Auge zu fassen ist. Dem Landtag wird in kurzer Zeit aus den Reihen der Beamtenchaft heraus eine umfassende Darlegung u. Begründung der Wünsche u. Bedürfnisse zugehen, welche das Minimum dessen darstellen, was unter den modernen Verhältnissen und Anschauungen der Staat als Arbeitgeber seinen Dienern als Rechtsgarantien gewähren muß. Es ist zu hoffen, daß die Regierungsvorlage, die in dem sprachlich und materiell schwerfälligen Stil des Finanzministeriums abgefaßt ist durch die fruchtbringende Beratung und Mitwirkung des Landtags eine solche Aenderung und Verbesserung erfährt, daß sie für die Beamtenchaft ein wertvolles und wieder auf Jahrzehnte hinaus ausreichendes Schutzgesetz darstellt.

**Der neue württ. Volksschullehrplan** tritt mit Beginn des neuen Schuljahrs für sämtliche Volksschulen Württembergs in Kraft. Dieser Lehrplan, der an Stelle des während eines Zeitraums von 37 Jahren benutzten Normallehrplans vom 21. Mai 1870 tritt, wurde in einer engeren und einer weiteren Kommission von Vertretern der beiden Oberschulbehörden und einer Anzahl von Fachmännern ausgearbeitet. Die Ausarbeitung ist in aller Stille vor sich gegangen, kein Mensch hat ein Sterbenswörtchen von dem Entwurf erfahren, da den Mitgliedern der Kommission Stillschweigen zur Pflicht gemacht war. Zwar wissen jetzt einige Zeitungen zu berichten, daß der neue Normallehrplan „den Bedürfnissen der Zeit, in vielfacher Hinsicht Rechnung trage“, allein wir wissen nicht, woher diese Kenntnis stammt, wäre der Plan fortschrittlich, dann hätte es der Geheimnisträgerei nicht bedurft. Von dem Rißtrauen, das in weiten Kreisen herrscht, gibt folgende Zuschrift Zeugnis, die ein Schulfreund an uns richtet:

Wie man hört, soll für die württemb. Volksschulen in allerhöchster Zeit ein neuer Normallehrplan erscheinen. Die Sache wird mit der größten Geheimniskammer betrieben, so daß nicht einmal die Lehrerschaft, die in 6 Wochen schon nach dem Plan unterrichten soll, auch nur das Geringste über denselben zu erfahren vermag. Das läßt nichts gutes ahnen; und wenn gar eine geistliche Schulbehörde solche Geheimnistuerei für angezeigt hält, dann wird man doppelt mißtrauisch sein müssen. Natürlich geht ein Lehrplan, der bestimmten soll, was in den württ. Volksschulen zu lehren ist, nicht bloß die Lehrer an, sondern auch, und das vielleicht noch weit mehr, die große Masse des Volkes, die ihre Kinder in die Volksschule schickt, alle die Leute des arbeitenden Volkes, die das lebhafteste Interesse an einer den modernen Anforderungen entsprechenden Bildung haben. Mit dieser Masse des Volkes hat man vollends keine Zählung genommen. Man hat so allen Grund, dem zu erwartenden Plan in der breitesten Öffentlichkeit ernstliche Beachtung zu schenken und zu demselben, wenn es notwendig wird, in Versammlungen Stellung zu nehmen. Namentlich die Gewerbevereine und die Arbeitergewerkschaften werden sich rühren müssen. Wie kommt überhaupt eine Behörde, von der man annehmen kann, daß sie über kurz oder lang einer sachmännischen Weichen muß, dazu, noch eine derartige grundlegende Arbeit zu beginnen, und vollends unmittelbar vor Erscheinen eines Schulgesetzentwurfs, in dem die für einen Lehrplan fundamentalste Frage, nämlich über die Fächer, welche in der Volksschule gelehrt werden sollen, erst eine geflügelte Begehung finden muß?

**Aus der württembergischen Schule.** Aus dem württembergischen Oberland werden der „Ulmer Jtg.“ zwei Postkarten zur Verfügung gestellt, die beweisen, wie recht das Zentrum hat, wenn es vor einem allzugroßen Unrecht warnt und jede Einschränkung des religiösen Memorierstoffes zu Gunsten der weltlichen Unterrichtsfächer mit Erbitterung bekämpft. Auf der einen Karte heißt es:

den 30. Januar 1906.

„Ich ersuch sie so bald wie möglich die V. B. die Krönung Karte nach Rentten Bayern. Alagei. Kohhaus zum Kolten (goldenen) Rehle.“

Die andere Karte hat folgenden Wortlaut:

„Ich er suche sie freilich um die Krönungskarte so bald wie möglich für V. B. in Rentten Alkei. Kohhaus zum Kolten Rehle.“

Das Ulmer Blatt bemerkt hierzu: Gegenüber solchen „Erfolgen“ sollten die Lobpreisungen auf unser württembergisches Volksschulwesen, mit denen sich die Feinde einer guten Schule, Zentrum und Bauernbund, nicht genug tun können, wirklich verstummen. Sie beweisen am deutlichsten, wie sehr es in unserem Schulwesen fehlt und wie dringend notwendig eine gründliche Reform der Schule ist.

**Stuttgart, 13. März.** Der Verein für Volksheilstätten in Württemberg wird in seiner neuen Heilstätte in Kalmbach eine besondere Abteilung für Kinder einrichten und damit eine in den Veranstaltungen zur erfolgreichen Bekämpfung der Lungentuberkulose bestehende Lücke ausfüllen. Die Betriebseröffnung der neuen Heilstätte, die schon im Herbst 1906 in Aussicht genommen war, wird, wenn es die Bitterungsverhältnisse irgend gestatten, im Laufe des Monats April erfolgen. Die Kosten der gesamten Anlage belaufen sich auf 500 000 Mark.

**Stuttgart, 13. März.** Eine Reihe hiesiger Vereine, der Güterbesitzerverein, der Wingerbund, Grundbesitzervereine, der Verein von Wochenmarktverkäufern und die Vereinigung der selbständigen Handelsgärtner Württembergs haben an den Gemeinderat eine Eingabe gerichtet, die Vorarbeiten für Erstellung der neuen Markthalle so rechtzeitig einzuleiten, daß bis 1. Oktober 1909 mit dem Abbruch der alten und der Errichtung der neuen Markthalle begonnen werden könne.

**Stuttgart, 13. März.** Die hiesige Flaschner- und Installateurinnung hat beschlossen, infolge der enormen Steigerung der Preise für Rohmaterialien eine Preiserhöhung für ihre Arbeiten eintreten zu lassen. In der Begründung dieses Beschlusses wird darauf hingewiesen, daß der Aufschlag der Materialien bei der Knappheit des Metallmarktes in absehbarer Zeit nicht zurückgezogen, sondern eher noch weiter in die Höhe gehen werden.

**Ludwigsburg, 12. März.** In der Amtsversammlung wurde Schultheiß Engkert von Tamum zum Oberentspflieger gewählt.

**Heilbronn, 14. März.** Redarkanalisation. — Redarkanalisation. — Heilbronner Hafenanlagen. Ueber diese Gegenstände brachte der gestrige, von der Heilbronner Handelskammer veranstaltete Vortrag wünschenswerte Erläuterungen. Die im großen Harmoniesaal erschienenen begrüßte Geheimer Kommerzienrat Hauck, insbesondere den anwesenden Geheimen Rat v. Jobst, den eifrigen Verfechter der Redarkanalisation, und den Ehrlingen Oberbürgermeister Dr. Mülberger. Außer diesen Herren waren noch die Landtagsabgeordneten Beyer, Schäffler, Feuerstein und Weber zu bemerken. Geheimer Rat v. Jobst dankte für die Begrüßung und wies auf die Schiffahrtsprojekte der Zukunft in Württemberg hin. Während der Vorarbeiten für die Kanalierung des Redars sei auch das Komitee für den Redardonaukanal nicht untätig gewesen. Ein weiterer, für die Zukunft Württembergs wichtiger Plan sei die Verbindung der Donau mit dem Bodensee. Der Bodensee werde noch ein wichtiger binneneuropäischer Hafen werden. Für sich, der er ein Menschenalter für diese Sache eingetreten sei, wünsche er nur noch die Beschlußfassung der Redarkanalisation Mannheim-Heilbronn erleben zu dürfen. Der Referent, Bau- und Ingenieur-Stuttgart, führte sodann aus, nachdem die Kanalierung des Redars projektiert und von Seiten einer die interessierten Staaten vertretenden Kommission und mit finanzieller Unterstützung Württembergs die Vorarbeiten bzw. die Ausarbeitung der Pläne begonnen worden ist, sei es wohl an der Zeit, über die möglichen Arten des Schiffsbetriebs auf dem künftigen Kanal zu sprechen. Der Redner gibt zunächst eine Reihe

wasserbautechnischer Erklärungen, über die Formen der Schiffe in Bezug auf den Einfluß auf die Schnelligkeit, und Zugkraft, Verminderung der Reibung und der Wasserwiderstände. Weiterhin über die Beseitigung der Untiefen durch Staunanlagen, Bagger, Umgehungskanäle. Sodann verbreitete sich der Redner über die verschiedenen Arten der Beförderung, wie das Ziehen durch Rad-, Pedal- und Dreiraddampfer auf freiem Fluß, Seil- und Ketten-schleppschiffahrt. Hier wurde erwähnt, daß die Ketten auf den Schleppern neuerdings nicht mehr durch mehrschichtiges Umfängen, sondern durch ein magnetisches Verfahren auf der Trommel festgehalten werden. Eine Reihe vortrefflicher Lichtbilder zeigten sodann die mannigfachen Arten der Schiffsbeförderung durch Pferde auf den sog. Leinpfaden, durch elektrische Motore auf verschiedenen Bau-, Leitungs- und Schienensystemen. Die Neuerungen der für diesen Zweck dienlichen Motore suchen das Problem, die Maschinen vom Hineintrutschen in den Kanal zu bewahren, zu verbessern und zu vervollkommen. Dies geschieht durch Schiefstellung der Motore oder Dreischienensystem, wobei die Hebelehre, zugleich als Stromleiter verwendet werden kann. Weitere Beförderungsarten sind Segel (Holland) oder auch die auf belgischen Kanälen eingeführten Gleitmotorenanlagen. Für Heilbronn seien die Fragen noch zu wenig geklärt, um für die Anwendung des einen oder anderen Systems sich heute schon entscheiden zu können. Zunächst werde wohl der freie Dampferbetrieb in Betracht kommen. Die Wasserkraft zwischen hier und Mannheim spreche sodann für Einrichtung des elektrischen Systems, das auch in den Häfen für die Schleusen, Krähne und für die Beleuchtung angewendet werden kann, was eine höhere Ordnung und Sauberkeit des gesamten Betriebs ermöglicht. Die Hafenanlagen in Heilbronn werden wohl unterhalb der chemischen Fabrik beginnen. Durch Verlegung der Schleusen nach dort hin kann sowohl oben die nötige Hafentiefe (2,5 Meter) erreicht werden, als auch auf der Strecke von den heutigen Schleusen bis zur chemischen Fabrik ein schönes Hafenbecken gewonnen werden kann. Als Grundlage für die Pläne in Bezug auf die Kanalisation sei das 600 t-Schiff angenommen. Die Schleusen und sonstigen Hafenanlagen seien jedoch für 1200 t-Schiffe anzulegen in den Fall, daß dazu später übergegangen wird. Der Redner gab zwischen-hin noch eine kurze Skizzierung des Redarkanal-kanals von Redarems beginnend durch das Remstal, Waiblingen, Gmünd, Schorndorf, Aalen, Heidenheim, Ulm und erläuterte das von ihm darüber verfaßte Gutachten in Bezug auf die Staustufen usw. Schließlich gab der Redner noch eine Rentabilitätsberechnung der Redarkanal-schiffahrt auf Grund der Warenstatistik und der von Württemberg vorgeschlagenen Schiffsabgaben. Eine Verbindung mit Preußen, die eine Herabsetzung der Schiffs-fahrtsgebühren von 0,42 auf 0,04 pro T.-Kilom. und damit eine bedeutende Frachtpreisverminderung ermöglicht, sei zu empfehlen. Man müsse sich losmachen von der heutigen, so unvollkommenen Art der Schleppschiffahrt, die zu dem Kanalbetrieb in demselben Verhältnis stehe, wie etwa der Botenverkehr zum Eisenbahnbetrieb. Er wünsche, daß das geplante Projekt, zu dessen Ausführung die Stadt Heilbronn finanziell wohl stark herangezogen werden müsse, bald verwirklicht werde zum Segen Württembergs. Geheimer Rat Hauck sprach ein kurzes Schlusswort. Das Referat, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, fand durch ausgehängte Zeichnungen weiterhin Unterstützung.

**Bartholomä O. Gmünd, 13. März.** Ein ganz bedeutender fossiler Fund (Mastodon) wurde in Rems-zeitung vor einigen Tagen in Eßelborn gemacht. Derselbe erregt durch seine außerordentliche Größe und vorzügliche Konservierung in den weitesten Kreisen das höchste Interesse. Von weither kommen Gelehrte und Beamte bedeutender Museen um das außerordentlich seltene Fundstück zu besichtigen. Vier eingetroffene Herren vom Münchener Museum sollen für das Skelett eine sehr hohe Summe geboten haben, doch will der Besitzer vor der völligen Freilegung auf einen Verkauf nicht eingehen. Eben wird noch von weiteren Funden berichtet. (Mastodonjaurier sind fossile geschwänzte Amphibien von teilweise riesenhafter Größe aus dem waläo- und mesozoischen Zeitalter.)

In Stuttgart wurde der Malermeister Braun von Biberach, der aus Rücksicht wegen des Malerstreiks dort arbeitet, im oberen Teil des Herdwegs angegriffen und so mißhandelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Sache ist bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Auf die Ermittlung der Täter wurde ein Preis von 50 M. ausgesetzt. — Der Morgenpost zufolge sollen die Angreifer streikende Malergehilfen gewesen sein, doch scheint diese Angabe nur auf Vermutung zu beruhen.

Auf dem Burgholzof bei Stuttgart ist in einem mit Futtervorräten gefüllten Schuppen Feuer ausgebrochen und der Schuppen niedergebrannt.

Im Keller eines Neubaus in der Eberhardstraße in Stuttgart wurde der 59 Jahre alte Tagelöhner Christian Diez von Heilbronn, der sich in den letzten Tagen unterkommenslos dort aufhielt, mit dem Gesicht im Schlamm liegend, tot aufgefunden. Der Mann hat sich zweifellos, wie er dies schon öfters tat, in den Keller begeben, um dort zu nächtigen, und ist dabei in den Schlamm gefallen und erstickt.

Zwischen Niederstetten und Schrozberg entgleiste ein Teil eines Güterzuges. Personen sind nicht verletzt, dagegen ist der Materialschaden nicht unbedeutend. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

#### Geschichtliches.

Aus dem Oberamt Lehringen, 11. März, wird dem Schw. M. geschrieben: Ein Bauer in Westernach hat im vorigen Sommer über seinen Ortsvorsteher und Gemeinderat geschimpft und dabei auch unflätige Reden über Kaiser und König eingelassen. Er ist wegen dieser Beleidigungen vom Landgericht Hall zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Majestätsbeleidigung allein bedroht das Strafgesetz mit Gefängnis nicht unter 2 Monaten. Der Verurteilte hat nun den

Gnadenweg betreten, insbesondere auch unter Verfassung auf seinen nervösen Zustand. Der König hat die wegen Beleidigung des Kaisers und des Königs, sowie wegen Beleidigung des Schultzeisen und des Gemeinderats erkannte Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 15 Tagen auf die Dauer von 15 Tagen herabgesetzt und diese letztere Strafe zugleich in die Geldstrafe von 60 Mark umgewandelt. Man wird wohl nicht festgehen, wenn man diesen Gnadenakt, für den der Mann natürlich überaus dankbar ist, mit dem neuesten Erlaß Majestätsbeleidigungen betreffend, in Zusammenhang bringt.

**Breslau, 12.** Das Breslauer Oberlandesgericht bestätigte das Urteil des hiesigen Landgerichts, wonach die Schadenersatzansprüche des Bierhändlers Biewald gegen die Stadt Breslau auf Grund des preussischen Tumultgesetzes, wegen seiner bei dem vorjährigen Breslauer Krautwall durch den Säbelhieb eines Schutzmannes eingebühten Hand als gerechtfertigt anerkannt wurde. Der städtische Anwalt erklärte, der Rechtsstreit werde nur aus prinzipiellen Gründen durchgeführt. Für Biewald werde die Kommune auskömmlich sorgen, auch bei Abweisung der Klage.

**Hamburg, 14. März.** Der Prozeß Börmann gegen den Simplicissimuszeichner Gulbraunson kommt am 21. März zur Verhandlung. Gulbraunson, der von Konrad Kaufmann verteidigt wird, gedenkt bei der Verhandlung die ganzen Verträge und die Frachtfreie des Börmannlinde, die ihm als Unterlage zu seiner Zeichnung dienten, zur Sprache zu bringen.

**Kapstadt, 13. März.** Das Todesurteil, das gegen Kettief und Poigietter wegen der Teilnahme an dem Einfall Ferreira in die Kapkolonie im November 1906 gefällt wurde, ist in fünfjährige Zuchthausstrafe, das Todesurteil gegen Piet Ferreira, Joh. Ferreira und Zoofe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

#### Sittens.

— Der fliegende Engel. Pieschen: Mutti, können Engel fliegen? — Mutti: Gewiß, mein Kind. — Pieschen: Da kann unsere Emma ja auch fliegen, denn Papa hat zu ihr „Engel“ gesagt. — Mutti: Selbstverständlich, mein Kind, die fliegt sofort.

— Unzufrieden. Sachse (zum Buchhändler): „Ei herjemensch, is se das ä schlechtes Konversationslexikon, was Se mer da geg'm ham, jekt blättere ich se schon das ganze weche B durch und gann se Bega f u s nich finden.“

— Tagierung. „Die Lebensmittelsteuerung ist aber geradezu furchtbar! ... Denken S' Ihnen nur, wegen einem lumpigen Schinken hat mein Mann vier Wochen Gefängnis gekriegt!“

— Gefühls-menschen. „Run hab' ich mich schon lang auf die Scheidung gefreut, da stirbt gestern plötzlich mein Mann!“

— Kindliche Rache. „Mutti, denke Dir, Väders Anna jagte heut: Vater sei ein Bücherwurm.“ „Und was hast Du darauf gesagt?“ „Dann ist Dein Vater ein Bücherwurm.“

#### Wader Frühling.

Springt der Bube das Dorf hinaus:  
„Vater, es ist schon Frühling drauß,  
Zum Schmetterlingsfang die beste Zeit.“

„Ist zwar kein Frühling noch weit und breit,  
Fing kaum der Staub des Märzgen an;  
Doch die Jugend will ihren Willen han.“

Wie, wenn ich nach dem Jungen ging,  
Zu schauen, was er im Garne fing?  
Freute mich ja so ein Falter selber,  
So ein roter, oder zitronengelber!  
Nichtig! da flatter's schon; — doch wie! —  
Sah ich doch all mein Leben nie  
Einen so artlichen Schmetterling:  
Ein milchjung, geschlacht und buschig Ding,  
So scheu halb und so schlächtig noch,  
So dreist halb und fürwichtig doch,  
Rinder im Fluge, mehr im Lauf,  
Ein herziger Rindskopf oben auf,  
Schwarzaugen, so funkelnd und feuernd schon,  
Höpfe, so lang als die ganze Person,  
Eine rote Masche als Halsgeschmeid,  
Statt der Flügel ein fliegend Kleid,  
Und ein lustiges Kreuzband zum Befest  
Kurzweilig zeichnet den munteren Fuß.

Ein Extra-Märzenvogel der!  
Mein lustiger Aergster hinterher,  
Das Schmetterlingsgarn verächtlich weggeschmissen.  
Ja nun, nun freilich muß Frühling sein,  
Er blüht mir ja selber zum Haus herein; —  
Was doch die Jungen Alles besser wissen!

J. G. Fischer.

#### Gandel und Volkswirtschaft.

**Reutlingen, 10. März.** Unter dem Namen „Verband süddeutscher Bleicher- und Färbereibesitzer“ haben sich in den letzten Tagen die namhaftesten Koch-Bleichereien und Färbereien Württembergs zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Sie bezwecken, die sehr gestiegenen und infolge der Steigerung der Arbeitslöhne, Kohlen- und Rohmaterialienpreise unhaltbar gewordenen Bleich- und Färbelöhne einheitlich zu erhöhen.

**Stuttgart, 13. März.** Die hiesige Bank für Gewerbe und Landwirtschaft hat im Jahre 1906 einen Umsatz von 840,02 M. 17 Pf. vom Reingewinn von 28 600,64 M. auf das zur vollen Dividende berechnete Kapital von 497 700 M. eine Dividende von 5% mit 24 885 M. auszusahlen, den Monatsbeiträgen und nicht vollbezahlten Einzahlungen eine solche von 4% pro rata temporis mit 1 092,63 M. dem Reservefonds 2 960 M., den Gewinnen an Effekten dem Effektenreserve Konto 207,84 M. dem Spezialreservefonds den Rest mit 466,67 M. zuzuschreiben. Die Mitgliederzahl ist von 1428 auf 1445 gestiegen.

**Oettingen, 8. März.** Bank für Gewerbe und Landwirtschaft. In der 87. ordentlichen Generalversammlung wurde auf Antrag des Aufsichtsrates beschlossen, von dem Reingewinn von 28 600,64 M. auf das zur vollen Dividende berechnete Kapital von 497 700 M. eine Dividende von 5% mit 24 885 M. auszusahlen, den Monatsbeiträgen und nicht vollbezahlten Einzahlungen eine solche von 4% pro rata temporis mit 1 092,63 M. dem Reservefonds 2 960 M., den Gewinnen an Effekten dem Effektenreserve Konto 207,84 M. dem Spezialreservefonds den Rest mit 466,67 M. zuzuschreiben. Die Mitgliederzahl ist von 1428 auf 1445 gestiegen.



**Wildbad, 15. März 1907.** Nach einer Bekanntmachung unseres Stadtvorstands ist nunmehr die Ausbringung des zum Bergbahnbau erforderlichen Kapitals von 200 000 M. als gesichert anzusehen und soll die Konstituierung der Aktien-Gesellschaft in einer am nächsten Dienstag, nachm. 2 Uhr im Rathhauseaal hier stattfindenden Versammlung erfolgen. Das Projekt der Bahn von Herrn Regierungsbaumeister Eberhard unter beratender Mitwirkung des Herrn Oberbauamt von Leibbrand ausgearbeitet liegt nunmehr vor und wird noch durch den als erste Autorität im Bergbahnbau geltenden Ingenieur Sirub in Zürich vor Zusammenkunft der konstituierenden Versammlung begutachtet werden. — Herr Sirub kommt zu diesem Zwecke heute hieher.

Was wohl da kommen mag, so denkt doch gewiss mancher, welcher die Prophezeiungen noch weiß, die vom Weltuntergang teils am 15., teils am 26. März hinwiesen. Die goldene Sonne, welche heute früh ihre Strahlen be-

sonders schön umherstreifen ließ, zeigt nichts von einem kritischen Tag, und wenn auch der Dichter spricht: „Es kann vor Abend anders werden als es am frühen Morgen war“ so trifft es immer nur bei einzelnen zu, teils durch schwere, oft auch nur durch leichte Fälle. Von einem Spasvogel wurde uns mitgeteilt: auf den Zusammensturz der Erde müsse man sich wohl gefaßt machen, und da sei es wirklich schade, daß noch so viel Sekt in manchen Kellern hier stecke, ob es nicht ratsam wäre, denselben vorher zu vertilgen; allerdings wäre Schreiber dieses wohl mit einig, denselben helfen aufzutupfen, aber nicht mit Rücksicht auf das Weltuntergehen, sondern nur um die Menschenfreundlichkeit zu beweisen, falls ein Keller überfüllt ist. Es werden zwar die Vorschläge unseres Freundes von unseren Hoteliers nicht akzeptiert werden, darum ist es besser wir wartens ab der Dinge die da kommen sollen.

\* Wir möchten nicht unterlassen, auf den, laut Inserat

in unserem Blatt, in Wildbad stattfindenden Buchführungskursus aufmerksam zu machen und allen denen, die der so wichtigen Grundlage geschäftlichen Ordnung Interesse entgegenbringen, anraten, die günstige Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. Der Kursus wird von einem erprobten Fachmann erteilt, der durch eigene Verbesserung der Buchhaltungsform eine wesentliche Vereinfachung der Buchhaltungs-Arbeit erzielt. Das ist eine große Bedeutung gerade für unsere Handwerkerkreise, denen ein kurzes, übersichtliches Buchhaltungssystem ganz besonders willkommen sein muß. Da auch die Absicht vorliegt, durch möglichst ausgedehnte Vertikung der freien und frei werdenden Abendstunden, die Durchführung des Kurses zu beschleunigen, so dürfte derselbe noch vor Ende April, also vor Beginn unserer Bade-Saison sich beendigen lassen.

Druck und Verlag der Verlags-Gesellschaft des Buchdruckers in Wildbad. Verantwortl. Redakteur: G. Reinhardt, daselbst

## Einladung.

Nachdem die Ausbringung des zur Erbauung der Bergbahn erforderlichen Aktien-Kapitals von 200 000 Mark nunmehr gesichert ist, ergeht hiemit an die Herren Zeichner die Einladung zu einer am

**Dienstag, den 19. März 1907**  
nachmittags 2 Uhr

im Rathhauseaal in Wildbad stattfindenden

### VERSAMMLUNG

der Gesellschafter.

Tages-Ordnung:

1. Konstituierung der Aktiengesellschaft;
2. Wahlen der Gesellschaftsorgane;
3. Beschlußfassung über das Bergbahnprojekt.

Die Einzahlung des Kapitals an die Württemberg-Vereinsbank in Stuttgart ist auf 25. März in Aussicht genommen.

Hochachtungsvoll

**Stadtschultheiss Bätzner.**

Wildbad, den 10. März 1907.

## Buchführungs-kursus in Wildbad.

System Benz, für alle Erwerbs weise geeignet, durch Einfachheit und Uebersichtlichkeit in der Praxis bewährt.

Unterrichts-Anfang: **Samstag, 16. März, abends 8 Uhr** im Gasthof z. alten Linde (Nebenzimmer). Anmeldungen daselbst, auch Gasthof zur „Sonne“ und in der Exped. d. Bl.

## Salb Umsonst

verkaufe ich meine Portemonnai und Hosenträger, um rasch zu räumen.

Marie Mayer

Kappelberg bei Schneider Vollmer.

## Ia. Palmin

feinste Pflanzenbutter,

empfehlen

Chr. Batt.

## Vereinsbank Wildbad.

(eingetr. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht.)

Aktiva			Bilanz per 31. Dezember 1906.			Passiva		
	Mark	Pfg.		Mark	Pfg.		Mark	Pfg.
Kassenbestand	42 304	28	Geschäftsanteile der Mitglieder incl. 6% Dividende per 1906	423 332	95			
Wechselbestand	404 589	67	Reservefond einschl. der Zuweisung pro 1906	162 600	—			
Effektenbestand	24 522	10	Aufgenommene Anleihen und Spareinlagen:					
Anlage des Reservefonds in mündelsicheren Papieren	160 211	25	a) mit 6monatl. Kündigung:					
Mobilien	200	—	Mk. 1 852 638.50					
Immobilien	75 000	—	b) mit täglicher Kündigung:					
Geschäftsausstände in laufender Rechnung	1 355 630	08	Mk. 61 285.63	1 913 924	13	Guthaben der Mitglieder in laufender Rechnung	387 832	75
in Vorständen	457 327	85	Guthaben der Banken	3 036	54	Trattenverbindlichkeiten	428	55
in Darlehen gegen 1. Hypothek	83 800	—	Zum Voraus erhobene Zinsen und Diskontbeiträge pro 1907	3 248	31	Noch zu zahlende Steuern	2 388	98
bei Banken	280 563	76	Gewinnvortrag	319	51			
offene Zinsraten	12 962	73						
	2 897 111	72					2 897 111	72

### Mitgliederzahl

am 1. Januar 1906	704
neu eingetreten	63
	767
ausgeschieden:	
durch Tod	9
freiwillig oder infolge Wegzugs	10
durch Ausschluß	6
	25
Stand am 31. Dezember 1906	742

### Der Vorstand:

Fr. Treiber, C. Bäpker, W. Illmer.

Am Sonntag nachmittags 5 Uhr findet im Hotel Graf Eberhard ein

## Vortrag

des Parteisekretärs Kienle aus Stuttgart statt,

wobei die

## Konstituierung des Volksvereins

vollzogen werden soll, wozu alle freigesinnten Männer freundlich eingeladen sind.

Der provisorische Ausschuß der Volkspartei.

## Naturheil-Verein Wildbad.

Am Sonntag den 17. März 1907,

nachmittags 3 Uhr,

findet im Gasthaus z. gold. Stern die jährliche

### Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. 5 Uhr ab Vortrag: Den Wert des Naturheilvereins und seine Wichtigkeit in jeder einzelnen Familie, gehalten von Dr. Kay, Oberstabsarzt.

Zu dieser Versammlung, sind die Mitglieder, dringend gebeten, vollständig zu erscheinen, insbesondere ist die Einwohnerschaft Wildbads zu diesem Vortrag von Fr. Dr. Kay freundlichst eingeladen.

## Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

### Ernst Blumenthal sen.

für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, für die vielen Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zur seiner letzten Ruhestätte, den Herrn Trägern, insbesondere denen, die dem Entschlafenen in seinen letzten Lebensstunden hilfreich beigegeben sind, sprechen ihren herzlichsten Dank aus.

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbad, 15. März 1907.

Im anspolieren von

## Möbeln,

sowie im Herrichten verorbener

## Parkettböden

empfiehlt sich.

Wer? sagt die Exped. (407)

Wildbad.

Stellen- und Gesinde-Vermittlungs-Bureau.

Für Hotel, Wirtschaft u. Privatpersonal empfiehlt sich Frau Luise Wildbrett, Löwenbergstr. 117.

## Spreißeilholz

(Abfallholz) liefert solange Vorrat Einspännerfuhrer zu

Mark 5.—

Karren zu Mark 1.50

franko Haus.

Windhoffjägewerk.

## Tüchtiges Zimmermädchen

welche längere Zeit in gräflicher Familie als solche in Stellung war, im Haushalt u. besonders im Servieren hervorragendes leistet, sucht gleiche Stellung in ähnlichem oder auch gut bürgerlichem Hause.

Gefl. Offerten erbeten unter F. Z. 169 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

## Mädchen

aus guter Familie, sucht per 1. April oder später, Stelle als besseres Zimmermädchen,

Saison-Stellung bevorzugt. Prima Zeugnisse und Photographie stehen zu Diensten.

Gefl. Offerten richte man unter N. F. Pforzheim, Hauptpostlagernd.

Ein intelligenter

## Junge

welcher womöglich die Realschule besucht hat, wird in ein Architektur-Bureau als Lehrling gesucht. Näheres in der Exped. 1395

## Im Institut Pasteur zu Paris

ist von Dr. Danysz, Mitglied obigen Instituts, ein neues Mittel zur Vertilgung von Ratten und Mäusen,

### „Danysz Virus“

genannt, entdeckt worden, welches absolut zuverlässig u. gefahrlos für andere Tiere und Menschen geradezu verblüffende Resultate gezeitigt hat.

So wurde die Stadt Odessa (Südrußland), nachdem sich dort alle vorher angewandten Mittel als machtlos erwiesen hatten, mittels Danysz Virus von einer furchtbaren Rattenplage befreit, eine verbürgte Tatsache, welche den Wert dieses Mittels deutlich kennzeichnet.

Prospekte und Zeugnisse gratis und franko.

Deutsche Danysz Virus Vertriebs-Gesellschaft zu Berlin.

Berlin SW., Jerusalem Str. 58

Generalvertrieb für Württemberg, Baden und Hohenzollern:

Rud. Hohenadel

Roßweil a. N.